

Redebeitrag

Plenum, 23.09.2019

Dok. 19 (2019) Nr. 1

Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und den SADC-WPA-Staaten

-Es gilt das gesprochene Wort-

Meine Damen und Herren,

wir haben hier erneut ein Freihandelsabkommen der EU mit afrikanischen Staaten vorliegen, wie wir sie hier im Haus schon des Öfteren hatten. Ich habe auch schon des Öfteren Stellung dazu bezogen, aber ich möchte trotzdem für ein paar neue Mitglieder hier im Hause noch einmal darauf eingehen.

Das, was Herr Paasch da eben vorgetragen hat, ist die offizielle Erklärung, wie sie auch von der EU kommuniziert wird. Wenn man das hört, denkt man sich, das ist ja eigentlich eine gute Sache und warum wollen wir da nicht zustimmen.

Wer aber genau hinschaut – und das ist auch unsere Pflicht als kleines Parlament innerhalb Europas – der wird schnell feststellen, dass es bei diesen Verträgen um etwas ganz anderes geht: Also nicht um freien Handel im eigentlichen Sinne, sondern es geht darum, die Märkte für europäische Konzerne in den afrikanischen Staaten zu öffnen.

Es ist nämlich so, dass mit diesen Verträgen die Zölle abgebaut werden. Man muss aber wissen, dass die meisten afrikanischen Staaten jetzt schon zollfreien Zugang zum EU-Markt haben und möglicherweise selbst in einigen Jahren durch diese Verträge verlieren werden.

Ich möchte nun ein paar Beispiele nennen von Auswirkungen, die solche Verträge mit sich bringen. Zum Beispiel kann dies Konsequenzen haben wie in der Vergangenheit bei ähnlichen Verträgen, dass die senegalesischen Fischer kaum noch Fischfang in ihren Netzen haben, weil europäische Fischtrawler im großen Stil die Küsten leerfischen.

Ein anderes Beispiel ist aus Ghana. Dort wurde den Tomatenbauern durch subventionierte Billig-Tomaten aus Italien das Leben schwer gemacht. Viele Betriebe, Kleinstbetriebe, einzelne Bauern mussten ihren Betrieb aufgeben.

Noch ein anderes Beispiel sind Milchvieh-Betriebe in Burkina Faso, wo man nicht mehr mit dem Milchpulver aus Dänemark mithalten konnte.

Fraktion im PDG V.o.G.

Das Problem ist oft dabei, dass die Betriebe aus Europa Agrarsubventionen erhalten und dort unten die Produkte billiger verkaufen, als die Leute sie dort unten selber herstellen können. Und es sind ja schon keine großen Kosten, die dort veranschlagt sind.

Das alles um zu sagen, dass es bei diesen Verträgen nicht um die Verbesserung des Lebensstandards geht, sondern meistens die Menschen dort unten, die kleinen Bauern, darunter leiden. Es wird sicherlich einige europäische Konzerne geben, die davon profitieren. Vielleicht gibt es auch den ein oder anderen Betrieb oder den ein oder anderen Politiker in einem Land da unten, der davon profitiert. Aber sicherlich nicht die kleinen Bauern.

Ich möchte auf zwei Aspekte aus der Regierungserklärung noch einmal zurückkommen, denn Herr Paasch hatte da erwähnt, dass derzeit 70 Millionen Menschen auf der Flucht sind. Auf der Flucht vor Klimawandel, vor Krieg, vor Gewalt, Zerstörung und menschenunwürdiger Armut. Und diese menschenunwürdige Armut wird auch durch diese Freihandelsabkommen befeuert.

Er sagte auch an anderer Stelle, dass es Politiker gebe, die Werte von Menschlichkeit, Freiheit, Solidarität und Rechtsstaatlichkeit mit Füßen treten. Und ich frage Sie, wenn wir solchen Verträgen zustimmen, ob wir dann nicht diese Werte von Menschlichkeit und Freiheit und Solidarität in diesen Ländern mit Füßen treten?

Ich fordere Sie auf, Kolleginnen und Kollegen, für diese Werte einzutreten und gegen dieses Dokument zu stimmen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit,

Alain Mertes

Vivant-Fraktion im PDG